

Rede zu Protokoll gegeben.



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 311/2017  
Kiel, Donnerstag, 16. November  
2017

Bildung/ Begabtenförderung

## Oliver Kumbartzky: Einer freiwilligen Lösung zwischen Reedereien und den Kommunen stehen wir offen gegenüber

Zu TOP 21 (Keine Tagesmaut auf Inseln und Halligen) erklärt der tourismuspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Die Inseln und Halligen Schleswig-Holsteins sind touristische Perlen im echten Norden. Sie locken jedes Jahr tausende von Tages- sowie Übernachtungsgäste an.

Für die Unterhaltung und Verwaltung der zu Kur- und Erholungszwecken bereitgestellten öffentlichen Einrichtungen kann laut KAG eine Kurabgabe erhoben werden. Auf diese Einnahmen sind die meisten Kommunen auch definitiv angewiesen. Auf Föhr beispielsweise klafft die Schere zwischen Einnahmen aus der Kurabgabe und den deutlich höheren Aufwendungen für den Tourismus weit auseinander.

Der SSW hat nun einen Antrag eingereicht, der auf einen Beschluss der Insel- und Halligkonferenz beruht. Der SSW will, dass sich der Landtag gegen etwas ausspricht, was die Konferenz beschlossen hat. Die Landesregierung plant aktuell keine Änderung des Kommunalabgabengesetzes und im Koalitionsvertrag findet sich dazu auch nichts. Dieser Aktionismus des SSW mit dem heutigen Antrag ist daher schon ein bemerkenswerter Vorgang.

Zur Sache: Hinsichtlich des Vorschlags der Insel- und Halligkonferenz gibt es mehrere Punkte, über die man durchaus im Wirtschaftsausschuss diskutieren sollte. Zum einen geht es um die Praktikabilität dieser Idee. Wie lassen sich Tagestouristen, Übernachtungsgäste und Geschäftsreisende unterscheiden?

Zum anderen geht es um die Tatsache, dass womöglich viele Reisende die Entrichtung der Kurabgabe auf den Fähren als Erhöhung der Ticketpreise interpretieren könnten. Die Frage wäre, ob es dann zu einem Besucherrück-

gang führen könnte. Hier sollte man sich einmal die Erfahrungen aus Niedersachsen anhören, wo es seit einiger Zeit eine wie von der Insel- und Halligkonferenz geforderte Regelung gibt.

Darüber sollten wir wie gesagt im Wirtschaftsausschuss diskutieren, gerne auch mit Vertretern der Inseln und Halligen sowie der Reedereien. Ich will aber bereits jetzt betonen, dass wir keiner Regelung zustimmen werden, die zu unzumutbaren Belastungen für die Reedereien führen würden. Einer freiwilligen Lösung zwischen Reedereien und den Kommunen stehen wir selbstverständlich aufgeschlossen gegenüber.“